



Stettiner Zeitung

Morgen-Ausgabe.

Donnabend, den 23. April 1887.

Nr. 187.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Der Kaiser soll den Wunsch ausgesprochen haben, der Grundsteinlegung des Reichsgerichts-Gebäudes in Leipzig beizuwohnen.

Am königlichen Hofe wird heute der Geburtstag der Prinzessin Margarethe, der jüngsten Tochter des Kronprinzen und der Kronprinzessin, geb. 1872, gefeiert. Dieselbe weilt zur Zeit in Bad Ems.

Als Nachfolger des verstorbenen bayerischen Ministers Häußle wird jetzt Hanauer, Direktor im Reichs-Justizamt und geborener Baier, genannt.

Der bayerische Finanzminister v. Riedel hat sich in Begleitung des Ober-Zollraths Weiger zu den Bundesraths-Verhandlungen über die Brantweinsteuerfrage nach Berlin begeben.

Der dem Reichstag zugegangene Nachtragsetat beträgt 176,085,950 Mark, darunter an fortwährenden durch Matrularbeiträge aufzubringenden Ausgaben 19,408,019 Mark, an einmaligen Ausgaben 156,677,931 Mark; unter letzteren sind für die Vervollständigung des Bahnnetzes 36,314,000 Mark ausgeworfen. Außer verschiedenen Doppelgleichen in Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Hessen soll eine das schweizerische Gebiet umgebende Verbindung zwischen dem Oberrhein und den süddeutschen Hinterlanden hergestellt werden. Für die Verklärung der Festungen werden 29 Millionen veranschlagt. Zur Vervollständigung für Preußen 45,614,577 Mark, Württemberg 2,221,221 Mark, die übrigen sind bestimmt, diejenigen notwendigen Vervollkommnungen und Ergänzungen des Kriegsmaterials zu bewerkstelligen, welche die Militärverwaltung mit den bisherigen verfügbaren Mitteln nicht ausreichend erreichen konnte.

Die Polen werden folgende Erklärung in der kirchenpolitischen Debatte abgeben:

„Auch wir halten es nicht für angezeigt, in eine materielle Behandlung der uns beschäftigenden Vorlage einzutreten, es sei denn, daß zwingende Gründe von anderer Seite dazu Veranlassung bieten sollten. Die bekannte Kundgebung Sr. Heiligkeit des Papstes in dem Breve an den Herrn Erzbischof von Köln, aus welcher der Wunsch hervorgeht, daß die katholischen Abgeordneten zur Annahme eines vollständigen und dauerhaften Friedens zwischen dem Staate und der Kirche die Erleichterungen, welche die Vorlage für die Freiheit der Kirche und die Entwicklung des kirchlichen Lebens darbietet, annehmen und im Uebrigen der steten Fürsorge des apostolischen Stuhles überlassen, die Beseitigung der Unzulänglichkeiten und Mängel dieser Vorlage im Wege fortgesetzter Unterhandlungen und Vereinbarungen herbeizuführen, veranlaßt uns, der Aufforderung des Oberhauptes unserer Kirche gemäß dieser Vorlage unsere Zustimmung nicht zu versagen. Um die in Aussicht gestellten weiteren Unterhandlungen in keiner Weise zu stören und in keiner Richtung zu präjudicieren, beabsichtigen auch wir nicht, Abänderungsvorschläge zu dieser Vorlage zu machen.“

Betreffs der Breslauer Fürstbischöfs-Ernenennung schreibt die „Germania“: „Wie weit die Verhandlungen in dieser Sache vorgeschritten, wissen wir nicht, dagegen wissen wir ebenfalls, und zwar schon seit einiger Zeit, daß Dr. Stumpff als Nachfolger des Fürstbischöfs Herzog ins Auge gefaßt wird.“

Das englische Unterhaus fand gestern endlich Zeit, sich auch einmal den laufenden Geschäften zu widmen. Dasselbe nahm die erste Lesung des Beschlusses betreffs der Fortdauer des bisherigen Theezolles an. Hierauf wurde die Budgetdebatte vertagt.

Zur Abstimmung über die irische Strafrechtsnovelle ist noch zu bemerken: Von den 669 Mitgliedern des Hauses der Gemeinen theilnahmen sich 639 an der Abstimmung über Samuelsons Unterantrag zur zweiten Lesung der irischen Strafrechtsnovelle. Die Mehrheit von 370 bestand aus 306 Konservativen und 64 liberalen Unionisten, die Minderheit von 269 aus 183 Gladstonianern, 83 Barnelliten und 3 liberalen Unionisten (Talbot, Bivian und Winterbotham). Abwesend waren 6 Tories, 10 liberale Unionisten,

darunter Chamberlain, 6 Gladstonianer und 3 Barnelliten.

Die gemeldete Verhaftung des französischen Grenz-Polizei-Kommissars Schnäbele (oder Schnäbell, wie der Name in Frankreich geschrieben zu werden scheint) durch deutsche Polizei-Beamte erregt in Paris erklärlicher Weise das größte Aufsehen.

Der „Voss. Ztg.“ wird darüber aus Paris folgendes mitgeteilt:

„Die französische nichtamtliche Darstellung des Sachverhalts des Falles Schnäbell ist folgende: Am Freitag Abend erhielt Schnäbell vom deutschen Kantonal-Kommissar Gautsch in Als für Moselle einen Brief, der ihn einlud, sich am Montag an die Grenze zu begeben und dort mit ihm zusammenzutreffen, da er ihm wichtige dienstliche Mittheilungen machen wolle. Schnäbell ging zum Treffort, einem Grenzpfahl zwischen Arnville und Noveant. Gautsch kam aber nicht. Tags darauf erhielt Schnäbell einen Entschuldigungsbrief und eine neue Aufforderung zu einer Begegnung. Er entsprach derselben am Mittwoch Nachmittag. Wieder war Gautsch nicht beim bezeichneten Grenzpfahl, doch sah Schnäbell einen Mann in weißer Blouse auf sich zukommen, vor dem er sich auf französisches Gebiet zurückzog, das er um einige Schritte verlassen hatte. Ein zweiter Blousenmann, der bis dahin in einem Weinberge am Straßenrande versteckt gewesen, sprang nun ebenfalls herbei und Beide fielen sich an. Der Kampf entstand, in welchem Schnäbell zuerst einen Angreifer zu Boden schlug, doch schließlich überhand kam und mit Handschellen gefesselt wurde. Er schrie um Hilfe, da man ihn herbei. Vor diesen erklärten die Blousenmänner jedoch, daß sie deutsche Polizei-Agenten seien, schleppten Schnäbell über die Grenze, brachten ihn zu Fuß nach Noveant und dann mittelst Eisenbahn nach Metz, wo er in's Gefängnis geschafft wurde.“ In Metz ging gestern das Gerücht, er sei der Spionage angeklagt und bereits nach Leipzig weiter gebracht, doch ist letzteres unbefätigt. Auf telegraphische Anfrage, ob Frau Schnäbell ihren Gatten besuchen könne, wurde abschlägig geantwortet. Schmerb, Präfect des Departements Meurthe et Moselle, und der Staatsanwalt von Nancy sind nach persönlicher Untersuchung des Sachverhalts am Thatorge gestern Abend hier eingetroffen, und haben bis spät in die Nacht mit Goblet verathen. Beim Abendempfang, den Flourens gestern den fremden Astronomen gab, war viel von diesem Zwischenfall die Rede, dem die anwesenden Diplomaten keine beunruhigende Bedeutung beimessen wollten. Die ersten Blätter theilen den Sachverhalt mit, ohne ihn irgendwie zu erläutern. Einige Zeitungen, darunter „Figaro“, „Gaulois“, „L'XIX. Siecle“ u. s. w. sind überzeugt, daß es sich um ein Mißverständnis handle, da der Fall für eine abschließliche Herausforderung zu plump sei. „Justice“ mahnt zur Kaltblütigkeit, dann werde Frankreich angeichts unerhörter Herausforderungen Europa für sich haben. Blos Rochefort wüthet im „Intransigeant“, und „Lanterne“ weist bedeutungsvoll darauf hin, daß morgen „Lohengrin“ zum ersten Mal aufgeführt wird, während Ranc das Publikum beschwört, ruhig zu bleiben und seine Vaterlandsliebe nicht lächerlich billig durch Pfaffen zu bekunden.

Weiter wird über diesen Fall telegraphisch aus Paris gemeldet:

„Der Justizminister konferirte gestern mit den Ministern Goblet und Flourens anlässlich der Verhaftung des Polizei-Kommissars Schnäbele und trug alsdann dem General-Prokurator, sowie dem Prokurator von Nancy auf, sich nach Pagny an der Mosel zu begeben, um Bericht über die näheren Umstände wegen der Verhaftung einzuholen.“

Von Berlin aus wird gemeldet, daß die Verhaftung des französischen Polizei-Kommissars Schnäbele auf Verfügung des Untersuchungs-Richters erfolgt ist und in Verbindung mit landesverrätherischen Vorgängen im Reichslande stehe.

Der Abg. Freiherr von Stauffenberg wird zunächst nicht an den Arbeiten des Reichstages theilnehmen, sondern auf sein Gut Rißtiffen zurückkehren und sodann über München am

1. Mai nach Karlsbad zu der gewohnten Frühjahrskur sich begeben.

Die Ernennung des Grafen Solms zum Postchef beim Quirinal darf, wie ein Berichtspatter der „Post“ meldet, als feststehend betrachtet werden.

Posen, 20. April. Die von den polnischen Blättern verbreiteten Nachrichten über den angeblich sehr bedenklichen Gesundheitszustand des Erzbischofs Dinder leiden an starker Uebertreibung. Allerdings hat Dr. Dinder mit einer inneren Krankheit zu kämpfen und in letzter Zeit etwas abgezehnt gewesen. Aber irgend einen bedrohlichen Charakter hat das Leiden vorläufig durchaus nicht, der Körper macht im Gegebenen ein durchaus gesundes und kräftiges Eindruck, und die Abspannung erklärt sich mehr aus jeilicher Aufregung über die ihm von polnischer Seite fortwährend in den Weg gelegten Schwierigkeiten. Uebrigens darf bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß der Versuch der ihn umgebenden polnischen Kamarilla, in rein deutschen Gemeinden polnische Pfarrer einzusetzen, ein Versuch, der bekanntlich zum ersten Mal das Einspruchsrecht des Oberpräsidenten in Wirksamkeit treten ließ, gescheitert ist. Die eine der in Frage stehenden Pfarrstellen, die zu Beischo, ist endlich unter beiderseitigem Einvernehmen einem andern Geistlichen als dem ursprünglich vorgeschlagenen übertragen worden.

Wilhelmshafen, 20. April. Briefsendungen für das Kreuzergeschwader, bestehend aus den Schiffen „Bismarck“, Geschwaderchef Kommodore Kapitän z. S. Heuser, „Olga“, „Karola“ und „Sophie“ sind von jetzt ab und bis auf Weiteres nach Sydney (Australien) zu richten. Poststation für S. M. Schiff „Falk“, „Drache“, „Itis“, „König Wilhelm“, „Friedrich Karl“, „Müde“, „Stein“ und „Prinz Adalbert“ ist bis auf Weiteres Wilhelmshafen.

Ausland.

Wien, 21. April. Der Schmerling'sche Antrag wird im Herrenhause einer Kommission zugewiesen werden.

Der den portugiesischen Gesandten vertretende Legationsrath Conte Selir ist in Folge von Spielschulden aus Wien geflüchtet.

Rom, 21. April. Der im letzten Herbst verborene Katholiken-Kongress wurde gestern zu Lucca eröffnet. Die Redner hielten insgemein die heftigsten Reden gegen Italien und drückten die Ueberzeugung aus, daß der Kirchenstaat wiederhergestellt werde.

Brüssel, 19. April. Das „Journal des Debats“ hat eine Reihe von Aufsätzen über die militärische Lage Belgiens veröffentlicht. Dieselben finden heute eine mit M gezeichnete Widerlegung im offiziellen „Journal de Bruxelles“. Der Verfasser geht von der Ansicht aus, daß im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich keines der beiden Heere Nutzen daran fände, durch das Maasthal zu schreiten; höchstens könne der Marfch durch dasselbe vom Zufall bestimmt werden. Ohne auf diese Behauptung näher einzugehen, verwahrt sich das belgische Blatt gegen die Ansicht des französischen Schriftstellers, als ob „Belgien, dasjenige unter allen Ländern Europas, welches mit Frankreich unstreitig mit den meisten Banden verbunden ist, von gegnerischen Einflüssen bearbeitet werde“. Solche Aeußerungen mögen für einen radikalen Zeitungsschreiber von hien oder drüben passen, nicht aber für den Mitarbeiter eines ernsten Blattes. Das belgische Volk stehe keineswegs unter der Botmäßigkeit Deutschlands, wie durch jenen Satz angedeutet werden soll, dasselbe sei frei und unabhängig dem Ausland gegenüber. Der Franzose, um auf die Sache zu kommen, behandelt den Anspruch eines deutschen Militärschriftstellers wegen, daß ein rasch und thatkräftig ausgeführter Einmarsch der Franzosen nach Belgien den Muth des französischen Heeres bedeutend heben würde. Dagegen wird bemerkt, daß die Franzosen stets dem Erfolg gehuldigt haben und daß ferner wohl jeder französische General lieber durch Belgien schreiten möchte, als die von seinem Vaterlande im Herzen getragenen Städte von Elsaß-Lothringen zu beschließen, die übrigens von den Deutschen Schritt für Schritt verteidigt werden. Und Deutschland selbst, wenn besetzt, würde gewiß die Franzosen lieber in Straßburg, denn in

Lüttich sehen, meint ferner das „Journal de Bruxelles“, dessen klarer Blick sich mit diesem Satz doch wohl neben der Logik gehalten hat. Der Franzose nun betheuert, seine Landsleute kämen heute nicht mehr nach dem nummehr freien Lande, wo sie ehemals Spanier oder Oesterreicher zu bekämpfen hatten. Als ob selbst die vorübergehende Besetzung Belgiens Deutschland nicht ins Innere treffen sollte, fährt das „Journal de Bruxelles“ fort, ist wieder einmal zu akademisch geantwortet, da der alte Eroberungsgeist noch immer in Frankreich unter der Asche glimmen mag. Eine gerade Linie für den Einmarsch nach Deutschland zieht der Franzose nicht über das Maasthal, sondern von Paris über Metz und Mainz nach Berlin, weil der Schwerpunkt Deutschlands nach dem Süden verlegt worden sei; worauf die Erwiderung, daß der Schwerpunkt noch immer in Preußen liegt, also etwa in Köln, wohin der Weg durch das Maasthal führt, was Thiers, der französische Geograph Lavallée und noch kürzlich Oberstleutnant Bureau in Frankreich kurzweg anerkannten. Am Niederrhein halten übrigens auch die „Preussischen Jahrbücher“ einen Angriff für wahrscheinlich. Folgt nun die Widerlegung der Ansicht, daß das Maasthal strategisch nicht der beste Weg wäre, weil bei Begründung des Feldzugsplanes von 1870 Moltke d. Ä. für war, daß Frankreichs Streitkräfte durch Belagerung Antwerpens vermindert würden, Deutschland von Koblenz aus den Maas vereiteln könnte. Dieser Feldzugsplan aber auf die schwache Seite der Maas 1870 hatte, berechnet, wogegen die französische Heer keine große Einbuße an Sicherheit erlitten hätte, oder drei Armeen nach Belgien legen würde. Nun wird dem Franzosen doch zugestanden, daß die Widerstandsfähigkeit der von Deutschland sowohl als Frankreich errichteten Festungen übertrieben wird, namentlich was Frankreich betrifft, dennoch könne in dem vorausgesetzten Kriege, der sich jedenfalls in die Länge ziehen würde, eines der Heere zum Entschluß gelangen, über Belgien den Gegner im Herzen anzugreifen. Der Franzose hält dafür, daß Deutschland nirgend anderswo als zwischen Metz und Straßburg anzugreifen sei. Dahinter liegen aber Hunsrück und Hardt mit ihren Wegschwierigkeiten und nördlich Koblenz und südlich Mainz zur Vertheidigung des Durchgangs, davor immer noch die verschanzten Lager von Metz und Straßburg zur Nachvertheidigung, und auch in der Pfalz sind kriegsgeschichtlich erwiesenen der Vertheidigungspunkte genug. Kurzum, hier wird dafür gehalten, daß der Marfch über Belgien der beste Weg für die Franzosen sei, daß derselbe von ihrem Generalstab also aus reinem taktischen Interesse verfolgt würde. Den gegen diese Ansicht von den „Debats“ erhobenen Einwand, dadurch würde die taktische Einheit zerstört, widerlegt der hiesige Schriftsteller ansehnend richtig damit, daß beim Umfang des erweiterten Schachbretts und der Zahl der Mannschaften das auf breiter Grundlage ruhende Dreieck sich doch ganz gut auf den Angriffspunkt ausrichten könnte, so daß der Weg über Belgien schließlich kein Umweg sei. Sollte nun Deutschland taktisch angreifen, so meinen die „Debats“, so geschähe es über die französische Ostgrenze, deren Befestigungen doch nur aus Sperrfesten, unerkräftigten Massen ohne natürlichen Anhalt, bestehen. So wird denn, unter Annahme dieses, hier zugegeben, daß der erste Anstoß entscheidend würde. Und die Folgen desselben? Darin liegt das Unbekannte. Deutschland kann nur durch des Gegners Ueberzahl geschlagen werden. In solchem Falle, um die Vertheilung der französischen Streitkräfte zu erreichen, sei ein Einmarsch der Deutschen in grader Linie nach Nordfrankreich möglich. Unsere beiden Gegner mit der Feder sind so ziemlich dahin einverstanden, daß der deutsche Einmarsch in Belgien nur im äußersten Nothfalle stattfinden dürfte, jedenfalls, meint das „Journal de Bruxelles“, nur deshalb, um einen Durchgang zu haben, keineswegs aber aus Eroberungssucht, zumal Deutschland in geographischer wie in allen andern Hinsichten der äußeren Gestaltung fertig ist. Nun, auch nur jenem Nothfalle muß Belgien durch den Ausbau seiner Festungen vorbeugen. Der Franzose schließt seine Aufsätze mit einem dahin gehenden Wunsch, der Zufälle wegen, hier aber

will man die Landesbefestigung unter Annahme gewisser und bestimmter Vermuthungen. Damit ist vorläufig der hösliche und gelehrte Streit beider Theile geschlossen. Hoffentlich werden sich auch einmal zwischen Frankreich und Deutschland geschickte und friebfertige Schriftsteller finden; in Deutschland sind wohl schon viele Federn bereit.

Paris, 20. April. Man beschäftigt sich vorzüglich mit militärischen und solchen Dingen, die mit einem voraussetzlichen Kriege mit Deutschland in Beziehung stehen oder doch in Verbindung gedacht werden. Die „Republique Française“ behandelt in einer Reihe von Artikeln die belgische Neutralität in ähnlichem Sinne wie unlängst die „France“. Es werden die Belgier gegen ihre Regierung gehegt und dieser Durchstechereien mit den Deutschen zugesprochen. Die betreffende Stelle lautet: „Die Deutschen können im Norden unsere Festungslinie nur dann umgehen, wenn sie sich im holländischen und belgischen Luxemburg frei bewegen können. Sollte die Neutralität dieser Provinzen unangefastet bleiben, so wäre das Umgehen ein thörichtes Unternehmen, welches von zehn nur eine Chance auf Erfolg bieten würde. Von den Belgiern selbst wird es übrigens abhängen, den Durchmarsch der Deutschen durch ihr Land unwahrscheinlich zu machen, wenn sie ihre Regierung verhin dern, offen oder insgeheim die Hand zu einem derartigen Marsch zu leihen.“ Merkwürdig ist besonders Clemenceau's Haltung im jetzigen Augenblicke. In seiner Rede in La Seyne griff er offenbar die französische Regierung und speziell den Kriegsminister an und bediente sich, wie er es liebt, der zweideutigen Wendung, „die Kriegsgefahr komme nicht vom Volke, sondern von der Regierung“. Der „Temps“ hatte das besonders auf Boulanger bezogen; dagegen tritt jetzt die „Justice“ auf und erklärt, Clemenceau habe dabei „die deutsche Regierung und nicht die französische gemeint“. Die „Justice“ macht sich nebenbei lustig über den „Temps“, der sich einbilde, Clemenceau setze sich gegen den Kriegsminister in Opposition! Zur Beurtheilung Clemenceau's darf man nicht vergessen, daß er überall den klugen Mann spielt und sich in Drasteln ergeht, die sich drehen und wenden lassen. In La Seyne strich er seinen Zuhörern den Bart als Friedensengel und jetzt verspottet er diejenigen, die ihn fähig halten, mit Boulanger zu brechen: der Friedens-Feind ist —

Paris, 21. April. Die Zeitung „Paris“ unter dem Titel: „Seien wir wachsam!“ enthält gegen die Forderung einer Dreyer-Verfassung. Es habe sich in der That in Deutschland Frankreich unter der Regierung der Agence Havas. Die belgischen Kreise glauben man, die bei der Beratung über den Finanzplan von 30 Millionen zu können, wodurch ein Ersatz für das schmachvolle Ergebnis dieser Steuer herge stellt würde; der Kriegsminister würde hierbei einer Ermäßigung der Ausgaben in seinem Ressort von 15 Millionen zustimmen und ebenso dürften die Minister der Marine und der öffentlichen Arbeiten in eine gleiche Ermäßigung ihrerseits willigen.

Seit den allgemeinen Wahlen vom Oktober 1885 haben 19 einzelne Wahlen stattgefunden. 16 davon sind zu Gunsten der Republikaner ausgefallen, die dabei 5 Sitze gewonnen und einen Sitz verloren haben.

Ein Mitglied der „antipatriotischen“ Partei, einer Abtheilung der Anarchisten, ist gestern verhaftet worden, während es damit beschäftigt war, einen Aufruf an die Soldaten an die Mauern einer Kaserne anzuschlagen.

Sofia, 21. April. Die Rückkehr Stoilows aus Wien wird in der nächsten Woche erwartet; seine Sendung scheint Erfolg gehabt zu haben.

Burgas, 21. April. Der Präsekt von Burgas erhielt von den Behörden von Kistifische die Mitteilung, daß eine Bande von 400 Mann sich an der Grenze aufhalte; ähnliche Meldungen gingen hier auch von anderer Seite ein. Ob diesen beunruhigenden Anzeichen irgend etwas Thatsächliches zu Grunde liegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Befugungen sind zuverlässig.

Burgas, 21. April. In vergangener Nacht wurde die Postenkette, welche die Stadt umgibt, durch eine vor der Stadt erscheinende Barke alarmirt. Die Schildwachen gaben Feuer und wurden alsbald durch eine Abtheilung der Stadtbefugung verstärkt. Der Nationalverein rief darauf Freiwillige unter die Waffen, dieselben stellten sich in großer Menge, besetzten die Gefängnisse und die Munitions-Niederlagen und patrouillirten die Straßen ab. In Folge der ergriffenen Vorsichtsmaßregeln suchte die Barke das Weiße und einige zu ihrer Verfolgung abgeordnete Schiffe steckten fest, daß dieselbe einem Griechen aus Elisopolis gehöre und nichts Verdächtiges enthalte. Das Ganze scheint daher nur blinder Lärm gewesen zu sein, aber der Vorfall zeigt wieder einmal, daß Befugung und Bevölkerung bereit sind, für die gegenwärtige Regierung zu kämpfen. Die griechischen und türkischen Bewohner der Stadt blieben unsichtbar.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. April. Gestützt auf den § 408 Theil I Titel 5 A. L. N. hatte ein Bäckermeister seinen Gesellen ohne Kündigung entlassen, weil diesem die bei jedem Bäckergehilfen als selbstverständlich vorausgesetzten Kenntnisse und Fähigkeiten gefehlt hätten. Obgleich er sich erbot, diesen behaupteten Mangel zu beweisen, auch zu diesem Zwecke Zeugen in Vorschlag gebracht hatte, wurde er doch verurtheilt, dem ohne Kündigung entlassenen Gesellen gemäß § 122 der Gewerbeordnung den 14tägigen Lohn zu zahlen, weil der Dienstvertrag zwischen Gewerbetreibenden und Arbeitgebern speziell durch die Gewerbeordnung geregelt wird, und nach dieser der Mangel der als selbstverständlich vorausgesetzten Fähigkeiten des Gesellen nicht als Entlassungsgrund ohne Kündigung gilt.

Auf vielseitigen Wunsch wird die erste Wiener Mädchenkapelle (Direktion A. Rauscher) am morgigen Sonntage noch zwei Abschiedskonzerte in Wolffs Saal veranstalten und ist wohl zu erwarten, daß die jugendlichen Künstlerinnen in diesen beiden Konzerten noch zahlreichen Besuch finden.

Die Ziehung der Dypenheimer Dombau-Lotterie hat durch die Beschlüssen der Ziehungen der Geldlotterien vom Rothen Kreuz, Kölner Dombau, Ulmer Münsterbau u. ebenfalls verschoben werden müssen und ist der endgültige Ziehungstermin auf den 6. September d. J. festgesetzt worden.

Sobald die Branntweinsteuer vollzieht, wird in Berlin ein allgemeiner deutscher Teßilateurtag zusammenzutreten. Die Korrespondenz mit dem Berliner Verbands-Präsidium, auch aus Süddeutschland, ist eine sehr rege. So hat der badische Teßilateurtag, welcher Mannheim als Borort hat, sich mit Berlin in Verbindung gesetzt. Derselbe hat positive Vorschläge über die künftige Gestaltung der Branntweinsteuer an das großherzogliche Finanzministerium eingesandt und dieselben auch dem Berliner Verbands-Präsidium übermittelt. Die Petition verweist erschieben eine Konsumsteuer, weil diese das Gewerbe dem Untergange weihen würde.

Ein Kaufmann hatte jahrelang einen Kleinhandel mit Branntwein betrieben, ohne dafür Steuer gezahlt zu haben; er wurde deshalb angeklagt, als Strafe den doppelten Betrag der Steuer, welche er für jedes Jahr zu entrichten gehabt hätte, zu bezahlen, wurde aber nur dazu verurtheilt, den doppelten Betrag einer einjährigen Steuer zu bezahlen. Das Gesetz wegen Entziehung der Gewerbesteuer, so sagt das Urtheil, bezieht sich nicht auf einen Kleinhandelsbetrieb, sondern auf einen gewerblichen Betrieb. Der Kommandant der Zollverwaltung hat dem Kaufmann die Steuer für die letzten Jahre durch fortgesetzt, nicht verbunden, eine neue Anzeige zu erstatten. Mehrere hundert auf Grund der ersten Anzeige seine Verpflichtung zur Bezahlung der Steuer so lange fort, bis er das Aufheben des steuerpflichtigen Gewerbes angezeigt hat. Die Strafvorschrift dieses Gesetzes richtet sich also lediglich gegen die Unterlassung der Anzeige von dem Anfange eines steuerpflichtigen, lebenden Gewerbes. Mit dem Beginne des Gewerbebetriebes ohne vorausgegangene Anzeige ist das Steuervergehen vollendet und eine dem doppelten Betrage der einjährigen Steuer gleichkommende Steuerstrafe verwirkt. Tritt die Verfolgung dieses Steuervergehens erst ein, nachdem der Gewerbebetrieb bereits mehrere Jahre hindurch stattgefunden hat, so wird dies auf den Betrag der von dem Kontrahenten nachträglich zu erlegenden Steuer, aber nicht auf die Höhe der Steuerstrafe von Einfluß sein, da letztere niemals den doppelten Betrag der einjährigen Steuer übersteigen darf.

Den Vorsitzenden der Schiedsgerichte bei den Berufsgenossenschaften hat das Reichs-Verfürungsamt die Ausloosung der zum 1. Oktober d. J. auscheidenden Hälfte der Schiedsgerichts-Beisitzer mit dem Bemerkten empfohlen, daß diese Ausloosung nicht einheitlich unter den sämtlichen genannten Beisitzern, sondern getrennt, und zwar besonders für die Beisitzer aus dem Arbeiterstande und aus dem Stande der Arbeitgeber erfolgen soll. Mit den ausgelosten Beisitzern scheiden deren Stellvertreter von selbst aus.

Die Lokalitäten des Restaurants „Zum großen Kurfürsten“ am Viktoriaplatz sind vom Herbst d. J. ab von der St. Annen-Brauerei in München gepachtet, dieselbe wird darin einen Ausschank ihrer Biere errichten. Die Defononie übernimmt der jetzige Inhaber des Lokals, Herr Restaurateur Willer.

Landgericht. Strafkammer 3. — Sitzung vom 22. April. — Im Juni 1885 wendete sich das Dienstmädchen N. an die Miethsfrau Martha Adler, geb. Scheel, behufs Stellenvermittlung und erhielt auch eine Stelle in einem Hotel in Misdroy nachgewiesen. Für ihre Bemühungen verlangte die Miethsfrau 4 Mk., da aber die N. außer ihrem bei Misdroy erforderlichen Reisegelde nur noch 2 Mk. hatte, kündigte sie diese der Miethsfrau ein, mußte ihr aber als Pfand für die noch restierenden 2 Mk. zwei Kleider zurücklassen. Später schrieb die N. wiederholt wegen Uebersendung dieser zurückgelassenen Kleider, sie erhielt jedoch keine Antwort und sandte deshalb 2,25 Mk. per Postanweisung ein, gleichzeitig um Uebersendung der Sachen bittend. Frau Adler schrieb zurück, daß „sie

bedauere, daß die Kleider nicht in der Lage seien, zurückgesandt zu werden“ und das Mädchen begnügte sich mit diesem Bescheid, bis es im vergangenen Jahre nach Ablauf der Dienstzeit persönlich wieder nach Stettin kam. Jetzt suchte es die Miethsfrau auf, diese erklärte jedoch nun, die Kleider seien ihr gestohlen worden, gleichzeitig wurde das Mädchen aus der N.'schen Wohnung hinausgewiesen. Es wurde Strafantrag gegen Frau Adler gestellt und diese in der Sitzung des hiesigen Schöffengerichts am 22. Januar d. J. auch wegen Unterschlagung zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Urtheil legte Frau N. Berufung ein und kam die Sache heute in 2. Instanz zur Verhandlung, doch wurde die Berufung verworfen und das erstinstanzliche Erkenntnis bestätigt.

Aus den Provinzen.

Köslin, 21. April. Die heutige Schwurgerichtsverhandlung hatte die sofortige Verhaftung dreier Zeugen, der Krüger Hahn'schen Eheleute und der Schwiegermutter H.'s, der Frau Schulz, sämtlich aus Schwesin, wegen Verdachts des Meineids zur Folge. Die heutige Angeklagte, Albertine Friederike Schwanke, geb. Hohlweg, aus Schwesin, wurde von der Anklage des Meineids freigesprochen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 22. April. (Zur Kreis'schen Nord-Affaire.) Heute Morgen, kurz vor neun Uhr, wurde der mutmaßliche Mörder des Fabrikanten Kreis, Hermann Gängel, von dem Untersuchung-Gefängnis zu Moabit nach der Kreis'schen Wohnung, Adalbertstraße 60—61, gebracht, um dort, am Ort der That, einem Verhör unterworfen zu werden. Die bevorstehende Ankunft des Gängel war offenbar den Bewohnern der umliegenden Häuser nicht bekannt, denn um 1/9 Uhr war vor dem betreffenden Hause noch Alles ruhig und menschenleer. Als jedoch bald darauf zahlreiche Kriminalbeamte anlangten und ein starker Polizei-Aufgebot unter Führung mehrerer Leutenants erschien, begann sich die Straße mit Neugierigen zu füllen, und in kurzer Zeit standen denn auch Hunderte erwartungsvoll vor dem bezeichneten Grundstück. Alle Fenster in den benachbarten Häusern waren mit Menschen dicht besetzt. Um 3/9 Uhr fuhr eine verschlossene Droßke zweiter Klasse vor und durch das geöffnete Thor in den Hof. Auf dem Vorderbiss saßen zwei Kriminalbeamte, auf dem Rücksitz ein Beamter und Gängel, dessen Hände gefesselt waren. Er trug einen schwarzen, ziemlich schäbigen Paletot, graue Hosen und einen schwarzen Hut. Zur selben Zeit langten auch der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Hollmann, mit seiner Frau, die beiden Polizeikommissarien, die die Untersuchung leiten, und der Polizeieinspektor Schme, welcher die Kriminalpolizeibeamten leitet, in Begleitung mehrerer Kommissarien an. Wie der Bruder des Ermordeten, Herr Adolf, mit dem Gängel, welche völlig gleich aus sahen, und der Gängel laut schrie, waren erschienen. Ebenso waren zahlreiche Zeugen vorgeladen worden, welche hier dem Gängel noch einmal gegenübergestellt werden sollten. Letzterer wurde nun zunächst die Treppe hinauf, vor der Korridorthür der Kreis'schen Wohnung geführt, von der das Siegel, mit welchem sie bis heute verschlossen gewesen, gelöst worden war. Hier mußte Gängel, bewacht von zwei Kriminalbeamten, warten, bis die bei der Untersuchung Beteiligten sich versammelt hatten. Als dann Kreis mit seiner Gattin die Treppe heraufkam, benahm sich Gängel, der ihnen den Weg versperzte, wenig höflich gegen dieselben und zeigte seine Lust, ihnen Bloß zu machen. Auf Anordnung des Landgerichtsraths Hollmann wurde nun zunächst festgestellt, wie die Thür zur Kreis'schen Wohnung geöffnet werden könne, ohne daß ein Geräusch vernehmbar werde. Der Schlossermeister W. Böke, Adalbertstraße 26 wohnhaft, mußte die Thür mehrfach aufschließen, und es zeigte sich, daß dies leicht von Statten ging. Hierauf ward Gängel zunächst in den Lagerraum des Kreis'schen Geschäfts geführt, während die Kriminalkommissare und der Untersuchungsrichter sich in die Wohnräume des Erschlagenen begaben. Bei Oeffnung der zu denselben führenden Thüren drang ihnen ein penetranter Geruch entgegen, so daß schnell ein Fenster geöffnet werden mußte. Die große Blutlache am Fußboden war noch nicht entfernt, überhaupt war die ganze Wohnung noch genau in demselben Zustande, wie am Morgen nach der Mordthat. Nach einiger Zeit wurde Gängel hereingeführt und zunächst gefragt, wie er den Schrank geöffnet habe. Der Gefragte bestritt, den Schrank aufgemacht zu haben, und versicherte, daß er überhaupt gar nicht wisse, wie ein Geldspind geöffnet werde. Landgerichtsrath Hollmann wies ihm nunmehr die Unwahrheit dieser Behauptung nach, denn das Doppelpult, an dem Gängel bei Kreis gearbeitet, steht in der Nähe des Geldschanks, und Gängel war dort so placirt, daß sein Gesicht dem Schrank zugewendet gewesen ist, er mußte also, sobald Kreis denselben aufschloß, dies nothwendig bemerken. Auf diesen Einwand schwieg Gängel, der auf alle ferneren Fragen, wie die Ermordung vor sich gegangen u., nur ein kurzes Nein hatte oder gar nicht antwortete. Als ihm diejenigen Hausbewohner gegenübergestellt wurden, welche ihm bereits am Tage vor der Wahl, also am 20. Februar d. J., auf der Treppe getroffen haben wollen, behauptete er, seit seiner Entlassung aus dem Kreis'schen Dienst gar nicht mehr in dem Hause gewesen zu sein. Eine

Hausbewohnerin, welche den Gängel persönlich kannte aus der Zeit, in welcher er noch bei Kreis in Stellung war, behauptete dagegen mit Bestimmtheit, daß ihr Gängel an dem erwähnten 20. Februar auf der Treppe im Hause begegnet sei. — Sodann wurde ihm auch der Sohn eines nahewohnenden Schankwirths gegenübergestellt, der in der Osterwoche täglich einen Mann vor dem Kreis'schen Grundstück hat auf- und abgehen sehen, denselben aber nach der Mordthat dort nicht mehr bemerkte. Der Zeuge erkannte in Gängel mit aller Bestimmtheit diesen Mann wieder. Auch soll sich auf dem Abort des erwähnten Schankwirths ein blutbeflecktes Oberhemd gefunden haben, welches als dasjenige Gängels erkannt wurde und welches derselbe also nach der That wahrscheinlich dort ausgezogen und zurückgelassen hat. Nunmehr wurde Gängel auf die in den Hof hinabgehende, von außen sichtbare Treppe geführt, und die Hausbewohner, die Fabrikarbeiter und Alle, die den Gängel von früher her kannten, mußten sich auf Veranlassung des Polizeieinspektors Stüwe am Fuße der Treppe versammeln. Einer nach dem Anderen rekonoszirte ihn, Gängel sah einen jeden starren Blickes an, ohne etwas zu erwidern. Er wurde dann noch einmal in das Haus zurückgeführt, während Landgerichtsrath Hollmann und seine Protokollführer, sowie die zahlreich anwesenden Beamten der Kriminalpolizei sich in den Hof hinab begaben, um dort eine Vergleichung des Protokolls über den Ortsbefund vorzunehmen. Auch Polizei-Oberst Herquet war inzwischen in Begleitung eines Leutenants in dem Gebäude angelangt, verweilte aber nur kurze Zeit daselbst. Fünf Minuten vor 1/11, nachdem Gängel und die Kommissarien zwei Stunden in dem Hause verweilt hatten, wurde die Untersuchung an Ort und Stelle beendet. Gängel bestieg wiederum die Droßke und wurde in Begleitung der drei Kriminalbeamten nach Moabit zurückgebracht. Die vielhundertköpfige Menge auf der Straße empfing den Wagen mit Stillschweigen und zerstreute sich erst nach längerer Zeit. Die Thür der Kreis'schen Wohnung wurde alsdann von Neuem amtlich versiegelt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 22. April. Herrenhaus. Schmerling bekräftigte den Antrag betreffs der Bragadischen Sprachenverordnung. Nachdem Ministerpräsident Graf Taaffe die Sprachenverordnung verteidigt und sich für die Zuweisung an eine Kommission ausgesprochen hatte, damit Gelegenheit gegeben sei, die Ausführungen Schmerling's noch mehr zu enträthen, wurde der Antrag angenommen.

Wien, 22. April. Die „Freie“ berichtet, daß die von den rumänischen Delegirten zugesagten Erklärungen ihrer Regierung bezüglich der Veterinärfrage schon in Bukarest zur Besendung gelangt sind und baldigt im Besitze der österreichischen Regierung sein werden.

Pest, 21. April. Der „P. Lloyd“ meldet: Der von der Regierung ursprünglich verlangte Kredit von 52 Millionen dürfte kaum zur Hälfte in Anspruch genommen werden. Die politische Konstellation gefaltet, ferner von außerordentlichen Ausgaben für die Armee abzusehen; die Heeresverwaltung dürfte sogar in die Lage kommen, einen Theil der bisherigen Anschaffungen zur Deckung des regelmäßigen Bedarfs heranzuziehen. Von einer Goldrenten-Emission dürfte nur in dem ganz unwahrscheinlichen Falle Gebrauch gemacht werden, wenn sich der Markt zur Aufnahme von Papierrente vollständig unfähig zeigen sollte. Es wird zuversichtlich erwartet, daß die Nothwendigkeit einer Goldrenten-Emission nicht eintreten werde.

Triest, 22. April. Der Verwaltungsrath des „Norddeutschen Lloyd“ hat mit Rücksicht auf die gesammelten Erfahrungen den Beschluß gefaßt, die Kopfstation in Triest aufzugeben und in Genua eine solche anzulegen.

Briefkasten.

E. L. in Gf. b. Wir haben schon wiederholt bekannt gemacht, daß die Ziehung der ersten Pommer'schen Lotterie am 12. Mai stattfindet und daß die Gewinnliste in dieser Zeitung mitgetheilt wird. — Lehrer E. in K. b. Neuwedell. Auch wenn sämtlicher Schulacker bereits zur Genüge abgedüngt ist, darf der Dünger nicht ohne Bewilligung des Schulvorstandes verkauft werden, das Ankaufen des Heu's ist dabei ganz nebenächlich. — W. S., Stettin. Der Polizei steht dazu ein Recht zu und würde eine Beschwerde überseht ohne jeden Erfolg sein. — J. d. A. K., P. a. s. e. a. l. l. General-Feldmarschall Moltke ist am 26. Oktober 1800 zu Parchim geboren und trat im Jahre 1822 in preussischen Militärdienst ein. — F. H., G. r. a. b. o. w. Es liegt ein strafbarer Betrug vor, ein fast gleicher Fall ist bereits durch das Reichsgericht entschieden und zwar durch Urtheil vom 5. Dezember 1884. — E. H. M. hier. Selbst an dieser Stelle wollen wir nicht für ein so ungefundenes Unternehmen Reklame machen, Ihre Frage finden Sie übrigens durch das Adressbuch beantwortet. — Friedr. W., D. a. b. e. r. Sie müssen sich den Beschlüssen der Majorität fügen.